

[REDACTED]

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
Brauerstraße 30
76135 Karlsruhe

Nur per Telefax: 0721 81918590

15. April 2023

**Strafanzeige wegen des Verdachts von Straftaten nach § 13 VStGB gegen
Bundeskanzler Scholz, Verteidigungsminister Pistorius und andere**

[REDACTED]

Anlass der Anzeige ist die Verlautbarung des Verteidigungsministeriums zur Exportgenehmigung der Bundesregierung von MIG-29 Kampf-Flugzeugen in das Kriegsgebiet der Ukraine, die sich mit Russland in einem behaupteten Angriffskrieg befindet. Die bisher gelieferten Waffen sollen der Selbstverteidigung der Ukraine dienen. Jede diplomatische Lösung des Konflikts wurde bisher von den NATO-Partnern unterbunden. **Die Presse und Abgeordnete des Bundestages berichteten ausgiebig darüber.**

Die Bundesrepublik ist in keinerlei Bündnisverpflichtung gegenüber der Ukraine um „**Verteidigungswaffen**“ zu liefern oder sich in anderer kriegerischer Weise in den Krieg einzumischen. Die Lieferungen erfolgen entgegen Art. 26 GG.

Mit der Lieferung von Kampf-Flugzeugen allerdings ist eine Eskalationsstufe erreicht, die eine Beteiligung an einem Angriffskrieg auf Russland vollzieht:

Der ukrainische **Präsident** hatte im März 2021 **per Dekret** Nr. 117/2021 „Über die Strategie der De-Okkupation und Wiedereingliederung des provisorisch besetzten Territoriums der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“ als Kriegsziel die Rückeroberung der Krim von Russland **verfügt**.

[Dekret Ukraine 3/21 – https://www.president.gov.ua/documents/1172021-37533](https://www.president.gov.ua/documents/1172021-37533)
Darin werden auch diplomatische Schritte erwähnt, die Präsident Selenskyj aber inzwischen öffentlich ausgeschlossen hat. Die Presse berichtete!

Die vor wenigen Tagen geleakten Pentagon Papiere sprechen ebenfalls von einem Angriff der Ukraine auf Russland.

<https://lostineu.eu/was-die-pentagon-leaks-fuer-europa-bedeuten/>

Und Polen, der Antragsteller für die MiG-29, hat selbst Ambitionen ukrainisches Gebiet zu erobern (bzw. geschenkt zu bekommen gegen die Interessen des ukrainischen Volkes) und ist von den USA im Intermarium Projekt verplant.

In diesem Zusammenhang sieht die Ankündigung von Boris Pistorius vom 13.4.2023 über die Kampf-Flugzeug Lieferungen wie eine bewusste Beteiligung an einem Angriffskrieg aus. Der Adressat seiner Meldung (s.u.) ist einzig Polen und die NATO, keinesfalls die deutschen Staatsbürger, die hiermit einem Kriegsszenario überlassen werden. „Der Antrag ging heute erst ein“, so Pistorius – von einer überlegten Abwägung kann keine Rede mehr sein.



Die Gefahr gemäß § 13 VStGB durch deutsche Kriegsbeteiligung betrifft die Bürger der Krim, die per Abstimmung mit großer Mehrheit die Wiedervereinigung mit Russland bestätigt haben sowie die Bürger der Donbass-Republiken, denen in den Minsk Abkommen eine Autonomie-Ziel zugesagt wurde und die 2022 nach 8 Jahren Angriffskrieg (*auch unter deutscher Beteiligung?*) Russland um Hilfe baten. Neben dem Ex-Präsidenten von Frankreich, Hollande, dem ukrainischen Ex-Präsidenten Poroschenko und NATO-Sekretär Stollberg, hat die deutsche Ex-Bundeskanzlerin Merkel die Minsk Abkommen bereits zum absichtsvollen Betrug erklärt.

Die Presse berichtete ausgiebig!

Die ukrainischen Nutzer der deutschen Waffen und Munition müssen zwangsrekrutiert werden. **Die Presse berichtete ausgiebig!**

Das Handeln der Bundesregierung darf nicht ohne Beurteilung durch die Justiz bleiben. Den Rest erledigt die Geschichte.

Mit freundlichen Grüßen

